

«Eine neue Steuer wäre Gift»

Interview: **Hubert Mooser**. Aktualisiert am 11.04.2013 **134 Kommentare**

Die SP prüft die Lancierung einer Volksinitiative zur Einführung einer Steuer auf den Handel mit Aktien, Obligationen, Derivaten usw. FDP-Wirtschaftspolitiker Ruedi Noser hält das für keine gute Idee.



«Eine Tobin-Steuer ist ungerecht»: FDP-Nationalrat Ruedi Noser bei der Frühlingssession in Bern. (5. März 2012)
Bild: Peter Klaunzer/Keystone

Artikel zum Thema

Was Kartoffeln und die Tobin Tax gemeinsam haben
Der Trick mit der Tobin-Tax
SP fordert die Tobin-Tax
Die Tobin-Steuer entwickelt sich zusehends zur salonfähigen Option

Tobin-Steuer

Laut dem politischen Fachsekretär der SP, Stefan Hostettler, prüft seine Partei eine

Die SP prüft eine Volksinitiative zur Einführung einer sogenannten Tobin-Steuer auf Banktransaktionen. Was halten Sie davon?

In einer Zeit, in der der Finanzplatz sowieso unter Druck ist, sind neue Steuern Gift. Wir brauchen dringend Wettbewerbsverbesserungen für den Finanzplatz, nicht weitere Nachteile. Dieses Projekt ist ein weiterer Beweis dafür, dass die SP das Erfolgsmodell Schweiz zerstören will.

Volksinitiative, welche eine mit Europa koordinierte Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Schweiz verlangt. Nachdem elf EU-Mitgliedstaaten, darunter Länder wie Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, einen solchen Schritt wagen, müsse auch die Schweiz über die Bücher. Diese Länder wollen eine Mindeststeuer auf Geschäften mit Aktien, Obligationen, Derivaten und anderen Finanzinstrumenten einführen – teilweise schon ab 2014. Diese Finanztransaktionssteuer geht auf den US-Ökonom James Tobin zurück, weswegen sie auch Tobin-Steuer genannt wird. Die SP blitzte mit Anträgen und Vorstösse zur Einführung einer solchen Abgabe in den letzten Jahren wiederholt ab. Gemäss SP-Parteizeitung «Links» sind Bundesrat und Parlament sogar gegen einen Bericht, der die Konsequenzen und Auswirkungen der Tobin-Steuer aufzeigen würde.

Teilen und kommentieren

Die Redaktion auf Twitter

Folgen Sie dem Ressort auf dem Kurznachrichtendienst

Stichworte

FDP

Ruedi Noser

BLOG



Marktzugang für Finanzdienstleistungen gibt es für die Schweiz keinen Grund, Zugeständnisse zu machen.

Warum sind Ihrer Meinung nach in der Schweiz bisher sämtliche Bemühungen zur Einführung einer Tobin-Steuer gescheitert?

Eine Tobin-Steuer berücksichtigt nicht die steuerliche Leistungsfähigkeit, sondern belastet jeden und damit ist sie ungerecht, vergleichbar mit den Wegezöllen aus dem Mittelalter.

Laut SP gibt es ein schlagendes Argument für die Tobin-Steuer: Die Banken kämen heute steuerlich besser weg, weil sie nicht der Mehrwertsteuer unterliegen?

Das stimmt so nicht. Die Geschäfte, die nicht der Mehrwertsteuer unterstehen, werden mit einer Stempelabgabe belastet. Und dann ist es so, dass wegen der fehlenden Mehrwertsteuern die Vorsteuer nicht in Abzug gebracht werden kann.

Die Stempelabgabe soll aber schrittweise abgeschafft werden...

Zunächst ist es noch nicht klar, wann die Stempelabgabe abgeschafft wird. Doch natürlich müsste diese Abschaffung kompensiert werden, wobei gewisse Dienstleistungen der Mehrwertsteuer unterstellt werden könnten. Eine neue Steuer brauchen wir deswegen aber nicht.

Die Länder Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien wollen hier offenbar vorspuren. Müsste die Schweiz nicht mitziehen?

Nein, auf keinen Fall. Wenn wir ein bedeutender Finanzplatz bleiben wollen, müssen wir wieder vermehrt Neugeschäfte in die Schweiz bringen. Daher wäre eine neue Steuer zum jetzigen Zeitpunkt Gift.

Kommen wir denn nicht wie beim Bankgeheimnis mächtig unter Druck, wenn elf EU-Länder wie Deutschland diese Steuer einführen, wir jedoch abseits stehen?

Dass der Druck steigt, ist klar; aber die Schweiz ist kein EU-Mitglied und wenn die EU etwas von uns will, muss sie auch etwas anbieten. Ohne

Man könnte doch die Auswirkungen einer solchen Finanztransaktionssteuer prüfen. Aber offenbar sind Bundesrat und Parlament nicht einmal dazu bereit?

In der Schweiz wird heute schon von jedem verdienten Franken 50 Rappen umverteilt, mehr Umverteilung brauchen wir nicht. Wir brauchen dringend eine europaverträgliche und trotzdem attraktive Unternehmensbesteuerung. Dieses Projekt erfordert unsere vollste Aufmerksamkeit über die nächsten fünf Jahre. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 11.04.2013, 14:25 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)